

Politischer Jahresbericht

Thailand 2005/2006



Thailand

Büro Chiang Mai Juli 2005-Juli 2006

Dr. Heike Löschmann

Heinrich-Böll-Stiftung
Büro für Südostasien
Leitung: Dr. Heike Löschmann
P.O. Box 119
Chiang Mai University Post Office
Chiang Mai 50202
Thailand
Fon: +66-53-81 04 302
Fax: +66-53-81 01 24
E-Mail: heike@hbsasia.org
Homepage: www.hbfasia.org

Inhalt

Zusammenfassung	2
1. Rückblick 2006.....	3
2. Medienreform	4
3. Energiesektorreform	6
4. Geschlechterpolitik und Menschen- rechtslage.....	7
5. Wirtschaftliche Entwicklungen	9
6. Gewalt in Südthailand	10

Zusammenfassung

Seit Jahresbeginn 2006 halten die Proteste aus allen gesellschaftlichen Schichten gegen Premierminister Thaksin Shinawatra an. Das Land ist tief gespalten. 14 Monate nach seinem eindeutigen Wahlsieg im Februar 2005 scheint der einst als unbesiegbar geltende thailändische Premierminister Thaksin angeschlagen wie nie zuvor.

Am 4. April hatte Thaksin seinen Rücktritt erklärt. Auch wenn seine Partei Thai Rak Thai (TRT) bei den kurzfristig angesetzten Wahlen am 2. April die Mehrheit errungen hatte, musste der Premier nach einer Audienz beim König verkünden, dass er „im Interesse der Einheit aller Thais“ nicht mehr für das Amt des Premierministers zur Verfügung stehe.

Das Verfassungsgericht erklärte im Mai die Wahlen vom 2. April für ungültig. Neuwahlen wurden für Mitte Oktober festgesetzt. Seitdem ist alles wieder offen, auch Thaksin's Weg zurück ins Amt. Er führt als Spitzenkandidat seine Partei derzeit in den Wahlkampf und könnte erneut demokratisch legitimierter Premierminister werden, wenn seine 16 Millionen Wähler vom 2. April ihm erneut das Vertrauen aussprechen. Die Wahlumfragen verschieben sich seit August allerdings zu seinen Ungunsten.

Im Mai ist die „Ära der Gerichtsprozesse“ angebrochen. Die alte Wahlkommission wurde im Ergebnis des Beschlusses des Obersten Gerichtshofes zur Annullierung der Parlamentswahlen im April aufgrund von erheblichen Unterlassungen in der Ausübung ihres Mandats aus dem Amt entlassen. Vier ihrer Mitglieder wurden sogar zu Gefängnisstrafen verurteilt, die derzeit in der Berufungsphase ausgesetzt sind. Die Partei Thai Rak Thai ist angeklagt, kleinere Parteien für die Aprilwahlen ins Leben gerufen und finanziert zu haben, um in Wahlkreisen Parteienpluralismus vorzutäuschen und mit weniger als 20% der Wählerstimmen ihre Kandidaten dennoch durchzubringen.

Der Zug für längst überfällige Verfassungsänderungen und politische Reformen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, in denen sich auch die Heinrich-Böll-Stiftung mit ihren Partnern aktiv engagiert (z. B. Medien- und Energiereform) ist ins Rollen gekommen. Die Wahlen am 15. Oktober werden mit Spannung erwartet und entscheidend die Rahmenbedingungen und Erfolgsaussichten für die Arbeit der Stiftung im Land beeinflussen, möglicherweise durch eine gestärkte Fraktion der Demokraten oder sogar deren Einzug in die Regierung und durch neue Zugänge zu Parlamentariern und Senatoren.

1. Rückblick 2006

Die turbulenten Ereignisse zwischen Februar und April

Bereits seit Mitte 2005 war der Premier von einer politischen Krise in die nächste geschlittert: die andauernde Gewalt im Süden, Konjunkturrückgang, Korruptions- und Bestechungsvorwürfe sowie Spannungen mit dem Königshaus ließen Thaksins politische Legitimität bröckeln. Die sicher geglaubte Unterstützung durch die Mittelklasse, Teile der Zivilgesellschaft, Intellektuelle und entscheidenden Persönlichkeiten der thailändischen Wirtschaft schwand in dem Maße wie Korruption, Vetternwirtschaft und Geheimabsprachen, in die Thaksins Familie und Kollegen involviert waren, systemisch wurden. Die politischen Initiativen des "Berlusconi Asiens" stießen zunehmend auf öffentliche Proteste der Bevölkerung, die immer weniger bereit war, seine auf exekutiven und legislativen Ermächtigungen basierende Quasi-Alleinherrschaft weiterhin zu akzeptieren. Seine umstrittenen Mega-Infrastrukturprojekte, die geplante Privatisierung der staatlichen Electricity Generating Authority of Thailand (EGAT), das kontroverse Freihandelsabkommen mit den USA sowie die weitreichende Beschneidung demokratischer Rechte, insbesondere der Pressefreiheit, aber auch der Umgang mit der Situation im muslimischen Süden des Landes sorgten zunehmend für Kritik und einen Vertrauensverlust.

Ein ehemaliger Freund und Geschäftspartner Thaksins, der Medienmogul Sondhi Limthongkul, rief im September 2005 eine Anti-Thaksin-Bewegung ins Leben nachdem er zuvor für Thaksin-kritische Bemerkungen in seiner Fernsehshow im öffentlich-rechtlichen Sender Channel 9 aus dem Dienst entlassen worden war. Diese Anti-Thaksin-Bewegung entwickelte sich aus einer anfänglich Bangkok-basierten Revolte der Mittelklasse und Teilen der Intelligenz in den folgenden Wochen und Monaten zu einer landesweiten Protestwelle, die in der thailändische Bevölkerung eine Polarisierung ungekannten Ausmaßes zur Folge hatte.

Im Januar 2006 brachte Thaksin mit dem Verkauf des Medien- und Telekommunikations-Konglomerats Shin Corp, dessen Hauptanteile seiner Familie gehörten, an Singapurs staatliche Investitionsgesellschaft Temasek Holdings das Fass zum Überlaufen. Thaksin versuchte sich zunächst damit zu rechtfertigen, dass die Verkaufsabsicht damit verbunden war, sich von latent vorhandenen Vorwürfen des Interessenkonflikts zu befreien. Dennoch entwickelte der größte Deal in der Geschichte Thailands, welcher der Familie Thaksin steuerfrei 73 Mrd. Baht (über 1,5 Mrd. Euro) einbrachte, eine unerwartete Eigendynamik. Viele Thais begannen Thaksins ethische Legitimation als Regierungschef anzuzweifeln, während dieser sich durch mangelnde Erklärungen und widersprüchliche Angaben immer tiefer in die Affaire verstrickte. Angesichts immer neuer kontroverser und belastender Details zu den Umständen der Transaktion forderte die Opposition eine gründliche Untersuchung. 28 Senatoren reichten am 3. Februar einen Antrag auf Amtsenthebung wegen Missbrauchs seiner Macht im Interesse seines Familienimperiums ein. Das Verfassungsgericht lehnte diesen Antrag jedoch aufgrund mangelnder Beweislage ab, was erneut landesweite Empörung auslöste und den

Anti-Thaksin-Gruppen vor Augen führte, dass selbst die „unabhängigen“ rechtsstaatlichen Gremien des Landes nicht unparteiisch entscheiden.

Die Rufe nach einem sofortigen Rücktritt des Premierministers wurden nun auch in den eigenen Reihen immer lauter; als prominentester Kritiker profilierte sich der ehemalige TRT-Fraktionsführer Sanoth Thienthong. Dessen Frau Uraiwan Thienthong, damalige Ministerin für Kultur, trat am 3. Februar zurück. Sora-at Klinprathum, Minister für Information und Kommunikationstechnologie, folgte ihr einen Tag später. Auch zahlreiche TRT-Parlamentarier und frühere Unterstützer Thaksins, u.a. sein ehemaliger Mentor Chamlong Srimuang, der ideologische Kopf der „Palang Dharma“-Bewegung¹ zur moralischen Erneuerung des Landes, schlossen sich dem gegnerischen Lager an. Der bisherige Frontmann und bekannte TV-Showmaster Sondhi hatte seinen Anti-Thaksinismus von Beginn an mit einem offenen Pro-Royalismus verbunden, der zunächst die Unterstützung durch oppositionelle politische Nichtregierungsorganisationen verzögert hatte, da sie sich mit der „Anrufung der Macht des Königs“ nicht identifizieren wollten und diese Haltung als anti-emanzipatorisch ablehnten.

Doch bereits Anfang Februar erfasste die Anti-Thaksin-Bewegung immer breitere Bevölkerungsschichten (Akademiker, Studenten, NRO, Oppositionsparteien, Senatoren, soziale Netzwerke, Antikorruptionsgruppen, Muslimische Organisationen, Santi Asoke etc.), die sich zur **'People's Alliance for Democracy'** (PAD) zusammenschlossen und nachdrücklich Thaksins Rücktritt forderten. Der Bangkokker Sanam Luang Park wurde Schauplatz regelmäßiger Großdemonstrationen, die Ende März bis zu hunderttausend Teilnehmer fanden. Der Lagerkampf weitete sich auch auf andere Städte und Regionen des Landes aus und die in gelb, der Farbe der Monarchie, gekleideten Thaksin-Gegner demonstrierten mit den in rot gehüllten Thaksin-Anhängern, die aus ländlichen Gebieten herantransportiert und bezahlt wurden, um die Wette.

Auflösung des Parlaments, Wahlboykott und Neuwahlen

Nachdem Thaksin die Proteste erst wochenlang abwechselnd ignorierte und verspottete und sich selbstsicher auf die 19 Mill. Thais berief, die ihn Anfang 2005 gewählt hatten, erklärte er sich angesichts des täglich wachsenden Drucks zum Gespräch mit der Opposition bereit, die sich allerdings nicht auf Kompromisse einlassen wollte. Nach Gesprächen mit Privy Council Chairman Prem Tinsulanonda und einer Audienz beim König verkündete der Premier am 24. Februar die Auflösung des Parlaments, um den Weg für Neuwahlen zu ebnen. Mit diesem Schritt, so Thaksin, folge er im Gegensatz zu seinen Gegnern demokratischen Grundprinzipien und gebe das Mandat an den Souverän, das Volk, zurück. Im Vertrauen auf die Unterstützung der quantitativ bedeutenden Landbevölkerung, kalkulierte er auf diese Weise mit einem erneuten Wahlsieg. Die Oppositionsparteien (Demokratische Partei, Chart Thai und Mahachon) setzten den Premierminister weiter unter Druck und forderten ihn auf, Verfassungs-

¹ Kraft des Dharma Partei; Dharma umfasst begrifflich Inhalte wie Wahrheit, (buddhistische) Lehre oder Erkenntnis etc.

änderungen für mehr öffentliche und parlamentarische Kontrolle der Regierungsarbeit zuzustimmen. Thaksin Ablehnung dieser Forderungen quittierte die Opposition schließlich mit Wahlboykott.

Von den friedlichen, aber unnachgiebigen Protesten alarmiert, kündigte Thaksin im März an, er werde im Falle von Gewaltanwendung durch Demonstranten den Notstand ausrufen. Armeechef Sonthi Boonyaratglin lehnte eine solche Maßnahme angesichts des „Weltrekords an friedlicher Protestkultur“ öffentlich als unangemessen ab und bezeichnete sie als schädlich für das Ansehen Thailands.² Die thailändische Notstandsverordnung gilt als eine der drakonischsten in der Region. Sie ist gegenwärtig in den drei südlichsten Provinzen Thailands in Kraft, wo eine islamistische Separatistenbewegung seit Januar 2004 täglich für Unruhe und blutige Gewalt sorgt (siehe dazu unten). General Boonyaratglin erklärte: „Die Armee steht auf der Seite des Volkes“. Dies könnte allerdings auch bedeuten, dass die Armee auf Seiten der ländlichen Bevölkerung steht, die einen erheblichen Anteil der Gesamtbevölkerung Thailands ausmacht und die Mehrheit der Thaksin-Wähler stellt. Die Erinnerungen an den Schwarzen Montag 1992, bei dem es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Militär und Demonstranten in Bangkok gekommen war, waren am 12. März durch die Ausstrahlung historischen Filmmaterials von der königlichen Audienz des damaligen Premiers Suchinda und Protestführers Chamlong am 20.5.1992 nochmals aufgefrischt worden. Die unangekündigte Ausstrahlung auf dem Sender des Königshauses wurde von allen Seiten als Warnung aufgefasst, dass sich die Ereignisse von 1992 nicht wiederholen dürfen.

Die Spaltung des Landes und Ethikdiskussion in der Regierungsführung

Klasse, Herkunftsregion und Stadt/Land sind traditionelle Teilungsmerkmale in Thailand. Religion und Ethnizität stellen seit den Unruhen im tiefen islamisch-malaiischen Süden eine neue Kategorie dar. Die politische Krise Thaksins hat die thailändische Gesellschaft jedoch in bisher unbekannter Weise polarisiert. Surin Pitsuwan, Mitglied des Parlaments und stellvertretender Vorsitzender der Demokratischen Partei sowie ehemaliger Außenminister, interpretiert diese tiefe Spaltung als Ausdruck einer Schizophrenie in der Psyche des thailändischen Volkes, das zwischen zwei Führungsmustern – einem „traditionellen“ und einem „digitalen“ – hin- und hergerissen sei. Er stellt diese Entwicklung in den Rahmen tiefgreifender gesellschaftlicher Wandlungen: „Wie so vieles in der thailändischen Gesellschaft ist auch das politische Drama, das sich auf Bangkoks Straßen abspielt, ein komplex strukturiertes, tief sitzendes Phänomen.“³

Nach Surin handelt es sich bei der derzeitigen Krise um mehr als ein parlamentarisches Manövrieren zwischen der überwältigenden Mehrheit der Thai Rak Thai-Partei und der schwachen Opposition oder ein klassisches Machtspiel zwischen den größeren Fraktionen innerhalb des Parlaments oder verschiedenen Lagern der Regierungspartei. Statt einer Kollision unterschiedlicher Interessen der Hauptunterhändler traditioneller thailändischer Machthaber - Militär,

Bürokratie, politische Parteien und Geschäftswelt - sei die derzeitige Krise vielmehr ein Zusammenstoß zweier Führungsmuster. Der „traditionelle thailändische Führungsstil“, geprägt von einer Anteilnehmenden, weisen, vernünftigen, entgegenkommenden, intellektuellen und mitreißenden Führung, diene von je her als moralischer Kompass für die gesamte thailändische Gesellschaft, ohne zwischen wirtschaftlicher Macht oder ethnischer und religiöser Abstammung zu unterscheiden. Die Ermahnung basierte stets auf den traditionellen thailändischen Werten des jahrhundertealten Buddhistischen Dharma und des kulturellen Erbes. Zu allen Zeiten nationaler Krisen konnte das Volk von ihrem Souverän, einem Quell der Weisheit und Rechtschaffenheit, moralisch einwandfreie Leitung (Rajadharma) erwarten.⁴

Während der letzten fünf Jahre sei das thailändische Volk allerdings einem gänzlich anderen Führungsstil unterworfen: selbstsüchtig, aggressiv, materialistisch, kämpferisch und frei von jeglicher philosophischer und moralischer Dimension. All dies wurde als „intellektuell, modern, informativ und rational“ präsentiert. Teils wird sogar von einem „digitalen Führungsstil“ gesprochen, der schnell, präzise, zeitgemäß ist. Doch bei näherer Betrachtung handele es sich um eine Führung, die demokratische Rechte und Grundprinzipien missachtet und stattdessen praktische Anleitungen gibt: wie man reich wird, wie man zu mehr Macht gelangt, wie man besser verkauft, wie man anderen ein Stück weit voraus ist, wie man Menschen beeinflusst, wie man sie betrügt, ohne dabei erwischt zu werden, wie man sie ausraubt und ungeschoren davonkommt.⁵

Im ihrem Kern hat die Krise nicht nur das ethisch fragwürdige Agieren eines korrupten Premiers zur Ursache. Das konstitutionelle System hat in seiner Funktion, den Premierminister in der Ausübung seines Amtes als demokratisch gewähltes Regierungsoberhaupt zu kontrollieren, versagt. Dass Thaksin in einer einmaligen One-Man-Show das demokratische System Thailands fünf Jahre lang nicht nur dominieren, sondern auch zu seinen Gunsten manipulieren konnte, während die machtlose Opposition vergeblich versuchte, Verfassungsänderungen für mehr Mitspracherecht sowie öffentliche und parlamentarische Kontrolle der Regierung durchzusetzen, zeigt deutlich die Unzulänglichkeiten der thailändischen Demokratie. Thailands derzeitige Krise spitzte sich zu, weil die schwache Kontrolle der Umsetzung der Verfassung und damit beauftragter Institutionen es erlaubt, demokratische Prozesse außer Kraft zu setzen und die Machtverhältnisse zum eigenen Vorteil zu verschieben. Konstitutionelle Kontrollmechanismen, welche die Vorgehensweise in Fällen von Korruptionsverdacht, Machtmissbrauch und Vertrauensverlust festschreiben, die Macht der Regierung eingrenzen und demokratische Grundrechte schützen, sind Grundvoraussetzungen für demokratische Stabilität, die in Thailand noch zu etablieren sind.

Thailand nach den kurzfristig angesetzten Wahlen vom 2. April

Der Aufruf zum Wahlboykott durch Enthaltung als Alternative zur kompletten Wahlverweigerung war erfolgreich (In Thailand herrscht

² The Nation: *No state of emergency: Army* (23.03.06).

³ Bangkok Post: *'Digital leadership' on the blink* (24.02.06).

⁴ Bangkok Post: *'Digital leadership' on the blink* (24.02.06).

⁵ Bangkok Post: *'Digital leadership' on the blink* (24.02.06).

Wahlpflicht; Nichtteilnahme führt zu zeitweiligem Ausschluss von demokratischen Partizipationsrechten, u.a. Bekleidung öffentlicher Ämter). Auch wenn der Wahlboykott innerhalb des Anti-Thaksin-Lagers umstritten war, so bestand doch Einvernehmen über das Motiv zur Neuwahl: Thaksin war nicht bereit, von seinem Amt zurückzutreten, die Neuwahlen sollten ihn „reinwaschen“ und die eigentlichen Vorwürfe vergessen machen. Dabei hatte der Premierminister für viele die moralische Legitimität zur Regierungsführung längst verloren. Kritisiert wurde auch der hektische Zeitplan, der den Oppositionsparteien kaum Zeit zur Organisation des Wahlkampfes ließ. Außerdem war bereits zwei Tage nach der Ankündigung der Neuwahlen die Wahlfrist für im Ausland lebende Thais abgelaufen – Grund für zusätzlichen Unmut.

Der Verlauf der Ereignisse bestätigte die Befürchtung der TRT (und damit das Ziel der Demokraten), dass durch den Wahlboykott die notwendige Zahl von 500 Abgeordneten nicht erreicht und die Regierungskrise nach dem 2. April nicht beendet werden könnte. Die Wahlbeteiligung war mit 70 % zwar erstaunlich hoch, es machten jedoch erstmalig Wähler massiv von ihrem Recht auf Enthaltung Gebrauch. In 38 Wahlkreisen hätten Nachwahlen durchgeführt werden müssen, da kein Kandidat die Mindeststimmenzahl von 20% erreichte. Vor allem in den drei südlichsten Provinzen konnte, wie erwartet, kein Kandidat aufgestellt werden. Von den Abgeordneten, die in den 36 Wahlkreisen Bangkoks gewählt worden waren, verbuchten nur neun Kandidaten mehr Stimmen als Enthaltungen.

Trotz des Wahlboykotts erhielt Thaksin mit 16 Millionen Stimmen eine Mehrheit. Sein Rücktritt war insofern nicht zwingend. Doch angesichts der andauernden Proteste und der enormen Polarisierung innerhalb der thailändischen Gesellschaft entschied er sich zunächst, sein Amt zur Verfügung zu stellen.

Annullierung der Aprilwahlen und Neuwahlen am 15. Oktober

Im April führte ein Tauziehen um die Entscheidung der Nationalen Wahlkommission (NWK), ob ein zweiter Wahlgang durchgeführt werden solle, zur Annullierung der Aprilwahlen und zur Forderung, die NWK vollständig neu zu besetzen. Vier ihrer Mitglieder wurden sogar zu Gefängnisstrafen verurteilt, die derzeit, in der Berufungsphase, ausgesetzt sind.

Ende April forderte der König das Verwaltungsgericht und den Obersten Gerichtshof auf, alle legalen Möglichkeiten auszuloten, um die derzeitige Krise, die er als „political mess“ bezeichnete, zu beenden. Er fügte hinzu, dass eine Wahl, die in einem Ein-Parteien-Parlament resultiere, undemokratisch sei und schloss die Ernennung eines Premiers gemäß Artikel 7 durch ihn aus. Es sei nicht im Interesse des Landes ohne Parlament und demokratische Regeln einen Premierminister einzusetzen. In einem demokratischen System müsse die Judikative gesetzmäßige und rationale Entscheidungen treffen, um eine solche Krise zu beenden: „If the country does not follow the rule of law, it will not survive.“⁶ Die erste öffentliche Rede des Königs im Zusammenhang mit der Regierungskrise wird als seine bisher stärkste politische Botschaft gewertet. Die Rede des Königs er-

mutigte Einzelpersonen, Gemeinden und Gruppen von Akademikern und politischen Aktivisten ihre Interessen aktiver zu artikulieren und auf rechtsstaatlichem Weg durchzusetzen.

Seit Mai verfolgen Beobachter eine „Ära der Gerichtsprozesse“, politische Schlammschlachten und Politikdramen, die thailändischen TV-Soaps Konkurrenz machen könnten. Die TRT wurde angeklagt, kleine Parteien für die Aprilwahlen ins Leben gerufen und finanziert zu haben, um mit weniger als 20% der Wählerstimmen den Wahlkreis dennoch gewinnen zu können. In einem weiteren Verfahren beschuldigen sich die TRT und die Demokraten sogar gegenseitig des Parteienkaufs. Während die Demokraten der TRT in konkreten Fällen bezahlte Parteigründungen nachweisen wollten, hat die TRT Klage gegen die Demokraten eingereicht, dass diese kleinen Parteien von den Demokraten auf den Weg gebracht worden seien, um die TRT dieses Vergehens anklagen zu können.

Thaksin wird jedoch nicht nur von Seiten der Opposition angeklagt. Ein ehemaliger Geschäftspartner aus den USA klagte Thaksin wegen Betrugs an. Auch wenn die Angelegenheit in die späten 80er Jahre zurückreicht, so könnte der für den 16. Oktober erwartete Urteilspruch dem angeschlagenen Image des Premiers schwer schaden.

Trotz allem ist Thaksin am 20. August von seiner Partei auf den ersten Listenplatz gesetzt worden. Über seine Absichten, im Falle eines Wahlerfolges wieder als Premierminister anzutreten oder diesen Posten einer anderen Person zu überlassen, schweigt er sich derzeit aus. Bei allem Gerangel und dem „Prozess-Salat“, von dem politische Beobachter hier reden, können die derzeit laufenden Auseinandersetzungen grundsätzlich positiv bewertet werden, zeigen sie doch, dass längst überfällige Verfassungsänderungen und politische Reformen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen in Angriff genommen werden. Die Verlagerung der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung von der Straße in die Gerichtssäle ist ein positives Zeichen und stärkt das Verständnis der Bürger und die rechtsstaatlichen Institutionen.

Die Wahlen am 15. Oktober werden mit Spannung erwartet und entscheidend die Rahmenbedingungen und Erfolgsaussichten für die Arbeit der Stiftung im Land, die Arbeitsbereiche demokratische Medien, Geschlechtergerechtigkeit und politische Teilhabe von Frauen sowie Energiesektorreform beeinflussen.

2. Medienreform

Auch für Thailands Medienlandschaft waren die vergangenen Monate ereignisreich, gekennzeichnet von Niederlagen wie auch Erfolgen für die Pressefreiheit. 2005 waren insgesamt 17 Gemeinderadios von der Regierung geschlossen worden, darunter auch der regierungskritische Sender FM 92.25. In fast allen Fällen wurde die Nichteinhaltung technischer Normen als offizieller Grund angegeben. Im Juni 2005 schloss die Regierung auch die Website des Senders. FM 92.25 und verbündete Sender fanden jedoch Alternativen und senden seit August über andere Seiten.

⁶ The Nation online: *Political Crisis* 26.04.06.

Im September 2005 kaufte der thailändische Musikkonzern Grammy (GMM) überraschend einen Großteil der Marktanteile der als kritisch geltenden Nation Group, darin enthalten die Zeitung 'Matichon',⁷ was für landesweite Empörung und Proteste sorgte. GMMs Eigentümer Paiboon Damrongchaitham gilt als enger Freund Thaksins, und die Öffentlichkeit sah in der geplanten Übernahme einen 'Aufkauf' durch den Premier, der die unabhängige Position Matichon's zu schwächen sucht. Aufgrund massiver Proteste und einer konzertierten Aktion von Medienreform- und Demokratisierungsaktivisten wurden diese Pläne aber vereitelt. Matichon-Besitzer Khanchai Boonpan spielte eine besonders aktive Rolle bei der Verhinderung des Aktienverkaufs an GMM und konnte somit verhindern, dass eine weitere kritische Zeitung unter Regierungskontrolle gerät.

Durch den Verkauf von Shin Corp wurde ein bedeutender Teil von Thailands Medien- und Telekommunikationssektor (u.a. der größte Mobiltelefonanbieter AIS, Shin Satellite und der private Fernsehsender iTV) ans Ausland veräußert. Dieser Verkauf löste nicht nur die Regierungskrise aus (siehe oben), sondern sorgte auch für frischen Wind unter Befürwortern von Medienreform und Demokratisierung.

Supinya Klangnarong, Direktorin der 'Campaign for Popular Media Reform', war 2003 von Shin Corp wegen Verleumdung auf 420 Mill. Baht (9 Mill. Euro) verklagt worden. Sie hatte das Beispiel des Fernsehsenders iTV öffentlich gemacht, der von Thaksin gekauft worden war, um zu zeigen, wie die Privatisierungspolitik den angestrebten Zielen der Medienreform zuwider läuft und statt einer durch die Verfassungsreform von 1997 angestrebten De-Remonopolisierung der Medienlandschaft unterstützt. Im Zusammenhang damit hatte sie Thaksins Rolle in der Firma kritisiert und ihm die Nutzung seiner Position als Regierungschef für Eigeninteressen vorgeworfen, was ihr die Verleumdungsklage und einen mehrjährigen Prozess einbrachte. Nach dem Verkauf von Shin bot ihr der neue Besitzer Temasek eine außergerichtliche Regelung an, die Supinya jedoch ablehnte. Am 15. März 2006 wurde Supinya freigesprochen, da sie rechtmäßig und "nach bestem Gewissen ihre Meinung im Interesse der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht hatte."⁸ Der Urteilspruch wurde als Sieg für die öffentliche Meinungsfreiheit und für Thailands Pressefreiheit gefeiert, da er die konstitutionellen Rechte auf freie Meinungsäußerung nach fünf Jahren Einschüchterung und Repression der Medien durch die Regierung stärkte. Medienreformer hoffen, dass Supinyas Erfolg nicht nur die Selbstzensur der Presse beendet, sondern auch Journalisten neues Selbstvertrauen verleiht, wieder als 'watchdogs' der Gesellschaft zu fungieren.⁹ Medienvertreter verkündeten wenige Tage später, dass sie den im Rahmen des Shin Corp Deals verkauften TV-Sender iTV nach Thailand zurückholen wollen.

Dass Thaksin nach wie vor versucht, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen, zeigt der Fall eines Nachrichtenredakteurs

⁷ Matichon erscheint als Tageszeitung und Wochenjournal und bedient vornehmlich ein kritisches, intellektuelles, an Politik und Gesellschaft interessiertes Publikum.

⁸ The Nation: *Supinya verdict a win for media freedom* (16.03.06). Originalzitat: "...honestly expressing an opinion...for the benefit of the public, which is something a citizen can do."

⁹ The Nation: *Supinya verdict a win for media freedom* (16.03.06).

von Channel 9. Chalermchai Yodmalai wurde von der Regierung beschuldigt, die Teilnehmerzahl einer Pro-Thaksin-Demonstration herunterspielt zu haben. Er wurde umgehend entlassen, was u.a. die 'Campaign for Popular Media Reform' scharf kritisierte. Channel 9 war in den vergangenen Monaten von Medienbeobachtern für seine faire und ausgewogene Berichterstattung zur politischen Krise gelobt worden.¹⁰

Medienvertreter und zivilgesellschaftliche Akteure sind jedoch fest entschlossen, das Momentum der politischen Krise zu nutzen, um eine umfassende demokratische Medienreform durchzusetzen und Thailands einst vielfältige Medienlandschaft wiederzubeleben. Die Stiftung baut ihre bisherige Arbeit mit Partnern für demokratische Medienreformen in den kommenden Jahren aus.

3. Energiesektorreform

Eine schwere Niederlage musste Thaksins Regierung am 23. März einstecken, als das Oberste Verwaltungsgericht die Privatisierung der staatlichen Energiebehörde EGAT zurückwies. Als Begründung nannten die Richter Interessenkonflikte, unzureichende öffentliche Anhörungen sowie Fehler in der Vorbereitungsphase der geplanten Privatisierung.¹¹ Diese Entscheidung beendete vorerst einen zweijährigen Konflikt im Energiesektor. Die Privatisierungsstrategie des Premierministers sah vor, verschiedene Staatsunternehmen an die thailändische Börse zu bringen. Folglich sollte auch die staatliche Energiebehörde EGAT, das größte Staatsunternehmen mit einem Gewinn von ca. 400 Billionen Baht (8 Mrd. Euro), in einen staatlichen Konzern mit starker privater Beteiligung umgewandelt werden.

Thaksins Privatisierungsstrategie muss auch vor dem Hintergrund eines ambitionierten Plans gesehen werden, der die Greater Mekong Subregion umfasst. Thailand sieht sich dabei sozusagen im Zentrum eines regionalen Entwicklungsplanes für den Energiesektor mit Blick auf die großen Potentiale für Energieproduktion im Oberlauf des Mekong (in Süd-China) und am Salween, dem Grenzfluss zwischen Thailand und Burma. EGAT sollte in diesem groß angelegten Projekt eine strategische Rolle zugewiesen werden. Von Privatisierungsgegnern wurde der Gerichtsbeschluss euphorisch entgegengenommen. Rosana Tositrakul, Präsidentin des Bundes der Verbraucherschutzorganisationen und bei den Senatswahlen am 19. April mit einer der höchsten Stimmzahlen als Senatorin gewählt sagte: "Heute haben wir erfolgreich EGAT zurückgeholt. Morgen werden wir Thailand zurückerobern."¹² Nichtregierungsorganisationen und Konsumentenbewegungen hatten von Beginn an mehr Transparenz und eine Umstrukturierung des Energiesektors nach Nachhaltig-

¹⁰ Bangkok Post: *TV news editor axed after report* (24.03.06).

¹¹ Bangkok Post Online: *Court quashes Egat listing* (24.03.06).

¹² Bangkok Post Online: *Court quashes Egat listing* (24.03.06). Originalzitat: "Today we succeeded in taking back Egat. Tomorrow we will reclaim Thailand."

keitskriterien und unter dem Gesichtspunkt ökonomischer Rentabilität und regionaler Verantwortung gefordert.

4. Geschlechterpolitik und Menschenrechtsslage

Die wirtschaftliche und soziale Situation für thailändische Frauen entwickelt sich positiv. Frauen haben den gleichen Zugang zu höherer Bildung, 2005 waren mehr als die Hälfte der HochschulabsolventInnen weiblich. Als selbständige Unternehmerinnen genießen Frauen freien Handlungsspielraum. Die Lohnungerechtigkeit in Industrie, Dienstleistungssektor und Landwirtschaft besteht fort, in nahezu allen Sektoren der Wirtschaft erhalten Frauen für die gleiche Arbeit weniger Lohn. Diskriminierung von Frauen tritt bei Einstellungen häufig auf, und Frauen dominieren in schlechter bezahlten Jobs. Frauen stellen 48% der Arbeitskräfte und haben in der Tendenz zunehmend berufliche Positionen in besser qualifizierten Arbeitsplätzen inne. 52% der professionellen und technischen ArbeiterInnen sind Frauen, aber nur 26% der Verwaltungsangestellten und ManagerInnen. Trotz Gleichstellung im öffentlichen Dienst sind nach wie vor nur 15% Frauen in Spitzenpositionen vertreten. Auch in der Politik werden Frauen marginalisiert. Einige Parteien haben Frauenquoten für Gremien und Führungspositionen eingeführt, um Frauen stärker an Entscheidungsprozessen der oberen Ebenen zu beteiligen.¹³ Diese umzusetzen gelingt aber bisher nur unzureichend. Es ist allerdings erkennbar, dass Frauen sich aufgrund der „Natur des Geschäfts“ wenig für politische Karrieren interessieren und sich bewusst nicht entsprechend für ein politisches Mandat engagieren. Auf Gemeindeebene sind sie vor allem in spezifischen Interessenverbänden als aktive und effiziente Streiterinnen zahlreich anzutreffen. Von den 500 Parlamentsabgeordneten der letzten Regierung waren nur 52 weiblich, von 200 Senatsmitgliedern 21, also 10.4% bzw. 10.5%. Im 35-köpfigen Kabinett waren nur zwei Frauen vertreten.¹⁴

Im Rahmen der Millennium Development Goals (MDGs) will Thailand zur Verbesserung der politischen Partizipation von Frauen die Anzahl der Parlamentarierinnen verdoppeln. Der parlamentarische Frauenausschuss (Women Parliamentarian Caucus) bietet gemeinsam mit thailändischen NRO 'women in politics trainings' an, um Frauen, vor allem auf der Lokalebene, zu ermutigen, für Wahlen zu kandidieren. Auf der lokalen und nationalen Ebene wird die politische Partizipation von Frauen durch Workshops gefördert. Dabei stellte sich allerdings heraus, dass Grundwissen zu Gender, frauen- und geschlechterpolitischen Fragestellungen bei den Behörden fehlt und lokale Behörden in der Umsetzung des fortschrittlichen Ansinnens der Zentralregierung überfordert sind.

Das Büro der Stiftung hat in diesem Zusammenhang in den vergangenen drei Jahren ein innovatives Projekt (GLAC, "Gender in Local Authorities and Communities Promotion") aufgelegt. Der Erfolg dieses Projekt hat dazu beigetragen, dass das Ministerium für Soziales und Menschliche Sicherheit die Stiftung zum Jahresbeginn 2006

für ihre Arbeit im Bereich Empowerment von Gemeinden und Bürgerorganisationen mit einem Preis ausgezeichnet hat, der jährlich an Internationale NRO vergeben wird.

Der aktuelle Menschenrechtsreport des US State Department vom März 2006 identifiziert erhebliche Probleme in Thailand, vor allem die zahlreichen arbiträren und außergerichtlichen Tötungen (vor allem im konfliktiven Süden, siehe dazu insbesondere den nächsten Abschnitt) sowie die Beschneidung der Pressefreiheit und Einschüchterung der Medien. Erstmals wird ausdrücklich die weit verbreitete Korruption erwähnt. Der Bericht kritisiert, dass zahlreiche Fälle spurlosen Verschwindens bzw. von Mord an kritischen Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten oder GemeindeführerInnen nicht verfolgt und aufgeklärt wurden. Weitere Verstöße beinhalten den Gebrauch von Folter und Gewalt durch die Polizei und Sicherheitskräfte, arbiträre Verhaftungen sowie Straffreiheit im Fall von Menschenrechtsverletzungen. Aufgeführt werden außerdem Menschenhandel, Zwangsarbeit, Kinderarbeit sowie Diskriminierung und Gewalt gegen Minderheiten, ArbeitsmigrantInnen und Prostituierte.¹⁵

5. Wirtschaftliche Entwicklungen

Während die Wachstumsrate 2005 bereits um 2% von 6,5% im Vorjahr auf 4,5% gefallen war¹⁶, führte die politische Krise im 1. Quartal 2006 zu Unsicherheit in der thailändische Wirtschaft und zu Verzögerungen bei zahlreichen Großprojekten, die ohnehin schon in der öffentlichen Kritik stehen. Einige Vertragspartner sehen sich gezwungen, ihre Investitionspläne aufgrund der Ausfälle zu revidieren und sich stattdessen verstärkt auf ausländische Märkte zu konzentrieren.¹⁷ Die 'Federation of Thai Industries' warnte Thaksin, dass die anhaltende politische Instabilität die Wirtschaft ernsthaft beeinträchtigen und Investoren abschrecken werde.¹⁸

Unterdessen veröffentlichte Thailands ökonomischer Think-tank, das 'Thailand Development Research Institute' (TDRI), eine Analyse, die die wirtschaftlichen Entwicklungen in den vergangenen fünf Jahren unter Thaksins Zeppter evaluiert. Die Autoren argumentieren, dass der wirtschaftliche Aufschwung Thailands nach der Asienkrise auch ohne Thaksin stattgefunden hätte, entgegen dessen regelmäßigen Behauptungen, dass der Aufschwung seiner Wirtschaftspolitik zu verdanken sei. Faktoren, die zur schnellen Erholung der nationalen Wirtschaft führten, waren laut TDRI vor allem die Expansion der Weltwirtschaft, die Thailands Exporte ankurbelte, und die weltweit niedrigen Zinssätze, die das Inflationsrisiko verringerten. Thaksins Wirtschaftspolitik hingegen habe den Marktmechanismen durch Monopolisierung und Vetternwirtschaft geschädigt. Auch seine Re-

¹³ Bangkok Post: *From the margins to the mainstream* (08.03.06).

¹⁴ Country Reports on Human Rights Practices 2005 – Thailand, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2005/61628.htm> (18.04.06).

¹⁵ Country Reports on Human Rights Practices 2005 – Thailand, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2005/61628.htm> (18.04.06).

¹⁶ www.wsws.org: *Snap election heightens political crisis in Thailand* (03.03.06).

¹⁷ The Nation: *Firms start to look elsewhere* (06.03.06).

¹⁸ Bangkok Post: *Industry says crisis hurting the economy* (16.03.06).

formen im öffentlichen Sektor (vor allem in den Bereichen Armutsbekämpfung und Gesundheitswesen, aber auch in der Bildungsreform) hätten nicht die erwarteten Ergebnisse gebracht.

Spezielle Wirtschaftszonen - Special Economic Zones

Der Gesetzesentwurf des 'Special Economic Zone Acts' (SEZA) und die damit verbundene Einrichtung von 'Special Economic Zones' (SEZ) in verschiedenen Landesteilen sorgt sowohl unter Politikern als auch zivilgesellschaftlichen Gruppen für kontroverse Diskussionen. Mit den SEZ will die Regierung Thaksin es Investoren verschiedener Wirtschaftszweige leichter machen, bestehende gesetzliche Regulierungs- und Kontrollmechanismen zu umgehen. Das Gesetz soll zudem für Unabhängigkeit und Flexibilität in Management und Bewirtschaftung der jeweiligen 'Special Economic Zones' sorgen und den Widerstand betroffener Gemeinden eliminieren. Der SEZ-Act schaltet potentiell mehr als 20 existierende Gesetze aus, darunter Landrechte, Arbeitsrechte, Umweltrechte, Investorenakquise, öffentliche Vergabeordnung etc. Lokale Verwaltungs- und Regierungsebenen haben keinerlei Mitspracherecht, alles wird zentral aus Bangkok gesteuert. Die Rechte und Bedürfnisse der ansässigen Bevölkerungsgruppen (meist Fischer oder Bauern), die durch Großprojekte oftmals ihre Lebensgrundlage verlieren, werden außer acht gelassen. Die Regierung blockiert den Informationsfluss und setzt Anwohner z.T. hohen gesundheitlichen Risiken aus (Giftmüll, Kontamination von Wasser und Boden, etc.). Thaksins Kabinett hatte dem Gesetz bereits zugestimmt, nun liegt die Entscheidung beim neu zu wählenden Parlament.

6. Gewalt in Südthailand

Die politische Krise in Thailand hat seit Jahresbeginn 2006 von der Situation im Süden des Landes stark abgelenkt. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen in den Provinzen Pattani, Yala und Narathiwat sind aber weiter eskaliert. Im Gegensatz zu früheren Jahren werden Gewaltakte weniger in entlegenen Regionen, sondern verstärkt in städtischen Gebieten ausgeführt.

Die Zahl der damit in Zusammenhang gebrachten Todesopfer stieg auf ca. 1.300. Fast täglich wird sowohl von Morden an Buddhisten wie auch malaiischen Muslimen, von Bombenanschlägen, vom Verschwinden Verdächtiger und von Übergriffen durch Armee und Polizei berichtet. Der Fall der aus dem buddhistischen Norden stammenden Grundschullehrerin Yuling, die im Juni von einem Mob brutal zusammengeschlagen worden war und seitdem im Koma liegt, wurde von allen Medien intensiv behandelt. Im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung in Thailand sind unter den zivilen Opfern dennoch mehr malaiische Muslime als Buddhisten zu beklagen. Die Brutalität im Fall der jungen Freiwilligen Yuling deutet allerdings auf die Erosion der Beziehungen zwischen den buddhistischen und muslimischen Bevölkerungsgruppen hin.

Das Vorgehen der Bangkokener Regierung in der südlichen Patani¹⁹ Provinz wurde 2005/2006 unverändert von den Hardlinern um Thaksin bestimmt. Am 19. Juli 2005 waren in Form von Regierungsdekreten neue Notstandsgesetze in Kraft getreten, die ursprünglich das zuvor geltende Kriegsrecht entschärfen sollten. In der umgesetzten Form wurden sie allerdings von der lokalen malaiischen Bevölkerung in Patani, von Menschenrechtlern und internationalen Beobachtern als Verschärfung wahrgenommen. Dem Premierminister wurde fast uneingeschränkte Befehlsgewalt in den Notstandsgebieten zugestanden. Der Vorsitzende der Nationalen Versöhnungskommission (NVK) und hoch geachtete ehemalige Premier Anand Panyarachun wird mit der Aussage zitiert, dass diese Notstandsgesetze eine „Lizenz zum Töten“ darstellten²⁰, weil die im Amt verübten Straftaten der Sicherheitskräfte nicht verfolgt würden.

In diesem Zusammenhang verwies Chaiwat Satha-Anand, der technische Direktor der Nationalen Versöhnungskommission, in einem Briefing im Juni 2006 im Klub der Auslandskorrespondenten in Bangkok auf die Tatsache hin, dass es viele Profiteure des Konfliktes im Süden gäbe, die systematisch daran arbeiten würden, die Region unregierbar zu machen. Er sprach dabei von der „notion of failed state“, machte aber zugleich deutlich, dass der Begriff „failed state“ nicht auf die bestehende Situation zutreffe und es sich im Süden eher um eine „failed community“ zwischen den unterschiedlichen ethnisch-religiösen Bevölkerungsgruppen handle. Die Regierung sei offenbar davon überzeugt, dass es sich bei den Verursachern des Konfliktes nicht um ein koordiniertes Netzwerk, sondern um unterschiedliche Gruppen handle. Um die Hintermänner identifizieren zu können, würden u.a. willkürliche Verhaftungen vorgenommen und ähnlich wie im „Kampf gegen die Drogen“, trotz gegenteiliger Behauptung der Regierung, sogenannte „schwarze Listen“ eingesetzt.

¹⁹ Patani ist die malaysische Schreibweise für die Region die alle drei Südprovinzen umfasst: Pattani, Yala und Narathiwat.

²⁰ Siehe: Bericht der International Crisis Group, unter Fußnote 2.

Namentlich genannte Personen werden aufgefordert, sich den Behörden zu stellen. Andererseits droht gewaltsame Verhaftung, Um-erziehung oder Aufforderung zur Kooperation mit den Behörden. Wer aus der Inhaftierung zurückkehrt, sieht sich sozialer Isolation und dem Misstrauen der Herkunftsgemeinde ausgesetzt. Darüber hinaus stellen die Gerichts- und Transportkosten einen hohen Verschuldungsfaktor für die Familien im Süden dar.

Der Konflikt im Süden belastet zunehmend die bilateralen Beziehungen zwischen Thailand und Malaysia. Für Aufsehen in den Medien sorgte die Flucht von 131 malaiisch-muslimischen Flüchtlingen aus Narathiwat über die Grenze ins benachbarte Kelantan am 30. August 2005. Es wird vermutet, dass separatistische Organisationen an der Organisation der Flucht beteiligt waren.²¹ Die malaysische Regierung kooperierte in diesem Fall mit der UNHCR und ließ den Flüchtlingsstatus der Menschen prüfen. Dieses Vorgehen bewertete die thailändische Regierung als Einmischung in die inneren Angelegenheiten und formulierte erneut den Vorwurf, dass es malaysische Unterstützung gewalttätiger Akteure in Südthailand gäbe.

Nationale Versöhnungskommission

Die im März 2005 einberufene Nationale Versöhnungskommission (NVK) wurde über weite Strecken von der Regierung Thaksin marginalisiert. Unterstützung fand sie vor allem im Verteidigungsministerium, während das Innenministerium und der buddhistische Orden sich der Kommission gegenüber sehr reserviert verhielten.

Nach dem vorläufigen Rücktritt Thaksins bestanden zunächst Hoffnungen auf eine Stärkung der Position der Kommission und auf einen Reformkurs in der Südthailandpolitik. Im Abschlussbericht, der die achte Fassung des Berichtes ist und im Juni 2006 auch der internationalen Öffentlichkeit vorgestellt wurde²², wird ein Konzept für die Befriedung des Südens dargelegt, das an vorhergehende Vorschläge zur Deeskalation anknüpft, die vor allem auf stärkere Kontrolle der Rolle von Armee und Polizei, einige Korrekturen der Regierungspolitik und größere Anerkennung der kulturellen Verschiedenheit der malaiischen Muslime zielen. Die in dem Bericht vertretenen Positionen und Vorschläge basieren auf den Prinzipien der Gewaltfreiheit und des interreligiösen Dialogs. Die Anerkennung schmerzhafter kollektiver Erinnerungen spielt darin ebenso eine herausragende Rolle wie die Einbeziehung lokalen Wissens und lokaler Ressourcen zur Konfliktbewältigung. Als konkrete Maßnahmen werden Amnestieprogramme, die Akzeptanz des lokalen Yawa-Dialektes als zusätzliche Arbeitssprache, nicht aber als Amtssprache, vorgeschlagen, sowie neue Gesetze, die Gemeinderechte zum Ressourcenmanagement verbessern sollen.

²¹ Siehe: Bericht der International Crisis Group „Thailand’s Emergency Decree: No Solution“, Asia Report no.105, 18.11.05, S.11-14: www.crisisgroup.org. Die Crisis Group zitiert thailändische Armee- und Patani-malaiische Quellen übereinstimmend mit der Schätzung, dass im Zeitraum seit Inkrafttreten der neuen Notstandsgesetze im Juli 2005 (s.u.) bis Mitte September über 1.000 südthailändische Malaien inoffiziell über die Grenze geflohen seien.

²² Am 8. Juni fand im Bangkoker FCC ein Briefing zum Bericht durch Chaiwat Satha-Anand statt.

Darüber hinaus wird in einem „douse the fire in the South-act“ (Lösch das Feuer im Süden-Verordnung) die Schaffung neuer administrativer Strukturen in Anknüpfung an die von Thaksin seit 2001 aufgelösten Institutionen empfohlen.²³ Dazu gehören drei Komponenten: eine neue Verwaltungsstruktur, ein Fond und ein dazu gehöriges Gremium zur Entscheidung von Projektfinanzierungen, und ein umfassendes „legal tool“, also ein rechtsstaatlicher Mechanismus zur umfassenden Selbstverwaltung, nicht jedoch die Autonomie.²⁴ Den Begriff „Autonomie“ vermeidet der Bericht, ebenso die Debatte über entsprechende Optionen. In Thai ist das Wort „Autonomie“ gleichbedeutend mit „Unabhängigkeit“ (issaraphap). Dies sorgte in der Vergangenheit in der Diskussion über verschiedene Konfliktlösungsszenarien immer wieder für Aufregung, weil jeweils die Nuancen, die sich mit der Verwendung des Begriffs verbanden, erklärt werden mussten oder missverstanden wurden.

Der malaysische Ex-Premierminister Mahathir hat in einer offiziellen bilateralen Unterredung verlauten lassen, dass er eine Lösung der Probleme im Süden Thailands in umfassenden Autonomierechten für die kulturell, sprachlich, religiös und historisch vom Rest Thailands doch so verschiedene Region sieht. „Autonomie“ ist aber auch aufgrund der sprachlichen und konzeptionell nicht eindeutigen Abgrenzung von Unabhängigkeit nach wie vor ein „Angstwort“ und wird deshalb tabuisiert.

Die Nationale Versöhnungskommission verbleibt in ihrer Problemanalyse im Rahmen thai-nationalistisch gefärbter Staatsräson, da sie die Konfliktursache weitgehend auf historisch begründete Ungerechtigkeiten und sozioökonomische Benachteiligung beschränkt und daraus entsprechende Konfliktbeilegungs-Maßnahmen ableitet.

Abschließend sei darauf verwiesen, dass die NVK in ihrem Bericht nicht von der Existenz einer islamistisch-separatistischen Bewegung ausgeht. Für Verbindungen der nichtstaatlichen Gewaltakteure zu internationalen Terrornetzwerken gibt es nach wie vor keine Belege. Vielmehr scheint es sich um kleine, dezentral agierende Gruppen von meist jungen Aktivisten aus dem Umfeld islamistisch - separatistischer Organisationen zu handeln. Bersatu (Einheit) als Dachorganisation der traditionellen Separatisten hat ebenso wenig Einfluss auf militante Aktionen vor Ort wie die international bekanntere Patani United Liberation Organisation (PULO).²⁵ Wan Abdul Kadir Che Man distanzierte sich als Präsident von Bersatu aus dem schwedischen Exil von den blutigen Gewalttaten gegen buddhistische wie muslimische Zivilisten.²⁶ Mit der Islamisierung der malaysischen Gesellschaft an der Südgrenze hat sich auch eine Islamisierung des

²³ Siehe: Kavi Chongkittavorn in *The Nation*, 13.03.06.

²⁴ Briefing am 8.6. im FCC durch Chaiwat Satha-Anand

²⁵ Siehe: International Crisis Group: “Southern Thailand: Insurgency, not Jihad”, Asia Report no.98, 18 May 2005, www.crisisweb.org; Wrege, Henriette, 2005: “Islamism in Thailand. The Separatism of the Southern Provinces”, http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/c-476/nr-428/i.html.

²⁶ Siehe: Noor, Farish A./ Che Man, Wan Kadir: “BERSATU Leader Wan Kadir: “Malaysia has never been involved in the troubles in Southern Thailand”, Juni 2005, http://www.brandmalaysia.com/movabletype/archives/a_brand_new_malaysian/guest_authors/dr_farish_noor/.

Separatismus vollzogen, der nun stärker eine religiöse als ethnische Konnotation hat.

Alternative Konfliktanalyse

Folgt man der Argumentation des Politologen und Analysten der thailändischen Politik, Duncan McCargo, so ist das nicht verwunderlich. Er betrachtet die Einberufung der Kommission als Resultat einer Gegenoffensive der „Netzwerk-Monarchie“ und als Zugeständnis Thaksins an den Monarchen und seinen engsten Vertrauten, General Prem Tinsulanond. McCargo ist der Auffassung, dass Thaksin's Interesse (und zugleich fatalster Fehler) im Süden 2001/02 darin bestand, den Einfluss eines auf Funktionalität und Stabilität gerichteten, mühsam ausgehandelten „sozialen Vertrages“ unter Duldung der Monarchie zurückdrängen zu wollen. Diese Absicht setzte er u.a. durch die Restrukturierung der Verwaltungs- und Sicherheitsstrukturen im Süden um. Der Machtkampf bzw. die Folgen dieses Neuordnungsversuches von Macht und Einfluss, vor allem zwischen Polizei und Militär, sieht McCargo als den Schlüssel zum Verständnis der Konflikte im Süden. Insofern, so argumentiert er weiter, ist die aus seiner Sicht korrekte Analyse der dortigen Problemlage ein inhärenter Bestandteil des Puzzles, welches zur Zusammensetzung des Gesamtbildes der politischen Verhältnisse im Land nötig ist.²⁷

In Anbetracht der durch die Eskalation gestärkten Rolle der islamistisch-separatistischen Bewegung – und auch des diesen Konflikt fördernden internationalen Kontexts von islamistischen Bewegungen sowie der Auswirkungen des `Krieges gegen den Terror' – erscheint es fragwürdig, ob die Empfehlungen der NVK ausreichen, um die Region nachhaltig zu befrieden. Vermittlungsversuche von gemäßigten separatistischen Kräften wie Wan Abdul Kadir – der mittlerweile auf eine Autonomielösung setzt – laufen weiter ins Leere. In Thailand stellt diese, u.a. auch vom malaysischen Ex-Premier Mahathir ins Gespräch gebrachte, Autonomielösung weiter ein Tabu dar.

Ein Beitrag zur Konfliktminderung

Das Regionalbüro der Stiftung wird den weiteren Konfliktverlauf mit besonderem Interesse verfolgen, auch wenn es keine Aktivitäten zur unmittelbaren Konfliktbearbeitung im tiefen Süden plant. In Kooperation mit der Midnight University, einem freien politische unabhängigen Bildungsträger in Chiang Mai, wurden in der Vergangenheit Bildungsveranstaltungen in Bangkok und im Norden des Landes organisiert, um ein Gegengewicht zur unzureichenden, teilweise einseitigen Berichterstattung der Thailändischen Medien zu schaffen und über kulturelle, historische und politische Hintergründe und Lösungsoptionen zu diskutieren.

Die Veranstalter haben sich vor allem in Bangkok einen Namen gemacht. Im laufenden Jahr 2006 bieten sie unter Einbeziehung lokaler

Akteure gezielte Bildungsveranstaltungen zum kulturellen, historischen und politischen Hintergrund für Entscheidungsträger aus dem Verwaltungs- und Sicherheitsapparat an, die aus Bangkok nach Patani reisen.

²⁷ Siehe: Duncan McCargo: "Violence in the Thai South: Network monarchy strikes back?" in: *Critical Asian Studies*, Vol. 38, No. 1. (March 2006), S. 39-71.